

## Die Rolle General von Schleichers

Institut f. Zeitgeschichte  
München  
ARCHIV

891/53

von

H. M. Livländer.  
(Zeitschrift)

Als die Wahlen im September 1930 das Ereignis zeitigten, dass an Stelle der bisher 12 Abgeordneten am 13. Oktober 107 Vertreter der Partei Adolf Hitlers in den Reichstag einziehen würden, hatte sich nach Ansicht der meisten deutschen wie ausländischen Beobachter ein völlig unerwarteter politischer Erderschütterung vollzogen. Das Anwachsen der kleinen und im parlamentarischen Kräftefeld unbedeutenden, nur durch ihre hemmungslose Demagogie gelegentlich die Aufmerksamkeit auf sich ziehenden Splintergruppe zu einer der stärksten Parlamentsfraktionen hatte auch die Mehrzahl der Beobachter der deutschen Innenpolitik nicht erwartet, die über den im Vordergrund des Interesses jener Tage stehenden wirtschaftlichen Sorgen die Warnsignale der Landtagswahlen in Thüringen und Baden Ende 1929 nicht überhört und unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise nicht vergessen hatten. Zu den Wenigen aber, die sich seither über das Ansteigen der rechtsradikalen Welle keinerlei Illusionen hingeeben hatten, gehörten der damalige Kanzler Heinrich Brüning und - die massgebenden Köpfe im Reichswehrministerium, allen anderen voran der General Curt von Schleicher.

Dieser General, der heute allein als der Meisterintrigant der Weimarer Republik angesehen wird und der doch mehr als das gewesen ist, hatte eine nicht gewöhnliche Laufbahn hinter sich, als er sich anschickte, in das Räderwerk der deutschen Innenpolitik entscheidend einzugreifen. Im Kadettenkorps erzogen, im 3. Garde-Regiment zu Fuss gross geworden, zur Kriegsakademie kommandiert und in den Generalstab versetzt, das alles unterschied ihn nicht von anderen befähigten Offizieren des preussischen Heeres. Die Schicksalsstunde schlug dem jungen Major erst im Oktober 1918, als General Groener Ludendorff als Generalquartiermeister ablöste und Schleicher, der bei der Bearbeitung von Wirtschaftsfragen in der Versorgungsabteilung des Generalstabes ein für Offiziere ungewöhnliches Verständnis für politische Probleme gezeigt hatte, in seinen Stab berief und ihm die Bearbeitung der innenpolitischen Fragen übertrug, die Ludendorff bislang nebenher "aus dem Handgelenk" erledigt hatte.

War dieses Arbeitsgebiet zunächst auch neben den rein militärischen Ressorts naturgemäss von geringerer Bedeutung, so änderte sich das nach dem Zusammenbruch des Kaiserreiches schnell. Als das deutsche Oberkommando seinen Sitz in die von revolutionären Fieber geschüttelte Heimat zurückverlegte, als es dann darum ging, in dem zusammengebrochenen Staat die innere Ordnung wiederherzustellen und als Ebert mit Hilfe Noskes und der sich ihm zur Verfügung stellenden Heeresleitung seine grösste Tat vollbrachte und Deutschland vor dem Bolschewismus rettete, gewann Schleichers Arbeit eine ganz zentrale Bedeutung. Überraschend schnell hatte sich dieser wendige und alle Gegebenheiten nüchtern abwägende Offizier in das seinem Berufsstande so fernliegende Gebiet der Innenpolitik derart einzuarbeiten verstanden, dass er bald als der erste politische Berater seines Chefs und damit auch Hindenburgs gelten musste. Bei dem im preussisch-deutschen Heer seit jeher offenkundigen Mangel an Offizieren, die

politisch zu denken in der Lage waren, erschien es daher selbstverständlich, dass der Major von Schleicher nach Auflösung der obersten Heeresleitung in das neugebildete Reichswehrministerium übernommen und von dessen ersten Leiter, dem Sozialdemokraten Noske, wie später vom Minister Dr. Gessler auch weiterhin mit der Bearbeitung der innenpolitischen Fragen betraut wurde. So entwickelte sich dieser Offizier, der jeder militärischen Gepflogenheit entgegen nie mehr ein Truppenkommando erhalten hat und doch schnell zum General avancierte, zum Berufspolitiker in Uniform, der nicht nur innerhalb seines Ministeriums, sondern auch ausserhalb desselben durch seine Verhandlungen mit den Parteiführern aller Richtungen und durch die Vertretung militärischer Belange vor dem Reichstag in zunehmendem Masse eine Rolle zu spielen verstand. Hierzu trug nicht wenig das ihm von seiten des Chefs der Heeresleitung gesetzte Vertrauen bei, galt doch Schleicher allgemein als der politische Vertreter des Generals von Seeckt.

Diese persönliche Stellung ständig weiter auszubauen und zu festigen, war Schleicher nicht ohne Geschick bemüht. Bei der Herstellung immer neuer Verbindungen, die in alle Parteien und politischen Organisationen ebenso reichten wie in das Büro des Reichspräsidenten oder in andere zentrale Staatsstellen, kamen ihm seine gesellschaftlichen Talente und die ihm eigene Kunst der Menschenbehandlung zu statten, der er ebenso viele Freunde verdankte wie seiner immer wieder bezigten Gefälligkeit und Hilfsbereitschaft, namentlich auch in privaten Angelegenheiten. Und diese von Jahr zu Jahr weiterreichenden Beziehungen gaben ihm die zielbewusst angestrebte Möglichkeit, auch die unter der Oberfläche des politischen Lebens verlaufenden Strömungen zu verfolgen und nicht selten in seinem Sinne zu beeinflussen.

Diese Position eines Drahtziehers hinter den Kulissen musste naturgemäss das an sich schon ausgeprägte Selbstbewusstsein und Überlegenheitsgefühl Schleichers weiter stärken, der als junger Major schon im Kameradenkreise scherzend prophezeit hatte, dass er es noch einmal bis zum Reichskanzler bringen würde. Und mit zunehmendem Einfluss steigerten sich auch seine Machtansprüche. Das war besonders der Fall, seit Hindenburg im Reichspräsidentenpalais residierte, denn der greise Feldmarschall erinnerte sich gern seines klugen Beraters in den kritischen Monaten nach dem Zusammenbruch 1918 und zog auch nun den politisch so versierten jüngeren Kameraden heran, dem er sich zu alledem noch durch die Tradition ihres Regiments besonders verbunden fühlte. Und zu diesem direkten Wege verfügte Schleicher noch in seinem Regimentskameraden Oskar von Hindenburg, dem Sohn und Adjutanten des Präsidenten, einen oft genug genutzten indirekten zum Ohr des alten Herrn. Solange aber Dr. Gessler die politische Verantwortung für die Reichswehr trug und General von Seeckt mit fester Hand dafür sorgte, dass ihr ebenso befähigter wie ehrgeiziger Mitarbeiter den ihm erteilten Richtlinien folgte, bestand keine Gefahr, dass dieser Baum in den Himmel wuchs. Schleicher hielt sich in den gesetzten Grenzen, begann aber damals schon still und unbemerkt die Position solcher Persönlichkeiten "anzusagen", die seinen Intentionen widerstrebten.

Unter seinem alten Chef, General Groener, wurde das anders, als dieser Dr. Gessler als Reichswehrminister ablöste. Schleichers Arbeitsgebiet, das bislang dem "Truppenamt" als Abteilung angegliedert war, wurde nun zum "Ministeramt" umgewandelt und damit auch äusserlich dokumentiert, dass von nun ab der einzige offizielle Weg zum Reichswehrminister über Schleicher führte. Dazu kam noch,

dass sich der in seiner Gesundheit erschütterte Groener in zunehmendem Masse von seinen Mitarbeiter die Last der Arbeit von den Schultern nehmen liess und diesem immer mehr freie Hand gewährte, zumal sie sich jahrelang über die zu befolgende Politik einig waren. Als sich im Frühjahr 1932 ihre Wege zu scheiden begannen, benutzte Schleicher seinen Nervenzusammenbruch seines Chefs, um ihn zu stürzen und selbst die Leitung des Ministeriums zu übernehmen. Persönliches Machtstreben und Ehrgeiz vermengten sich ja bei ihm wie bei kaum einem anderen Politiker jener Jahre mit sachlicher Zielsetzung zu einem Knäuel, dessen Entwirrung künftigen Historikern genau so viel Kopfschmerzen bereiten dürfte wie die Aufhellung des tatsächlichen Einflusses, den dieser "Holstein der Bendlerstrasse" auf die deutsche Innenpolitik ausgeübt hat.

Schleichers Ziel war ein starker, in seinem sozialen Gefüge gefestigter Staat, der über die Macht verfügen sollte, die ihm zur Führung einer erfolgreichen Aussenpolitik erforderlich schien. Von diesem Gedanken ausgehend, glaubte er in der damaligen Situation Deutschlands, dass der Innenpolitik das Primat vor der Aussenpolitik zukomme, weil sie allein in der Lage sei, die Machtgrundlagen zu schaffen. Er überliess daher die Aussenpolitik ganz anderen und konzentrierte sich völlig auf die Innenpolitik, in der er ständig bestrebt war, zur Stärkung und Festigung der zentralen Reichsgewalt beizutragen. Jeder Versuch, der Zentralgewalt Abbruch zu tun oder gar die Autorität der verfassungsmässigen Reichsregierung anzutasten, fand in ihm einen entschlossenen Gegner, gleichgültig von welcher Seite er unternommen wurde. Daher war Schleicher den Putschisten um Kapp ebenso energisch entgegengetreten wie gewissen von München ausgehenden föderalistischen Bestrebungen, die 1923 das Gefüge der Republik ernsthaft zu erschüttern in der Lage waren. Für ihn als Soldaten war natürlich das Meer der wichtigste Machtfaktor des Staates, den zu pflegen, dessen Stellung zu heben und durch Verankerung des Wehrgedankens im Volke sicherzustellen, ihm fraglos mehr als nur Berufspflicht war. Nach Schleichers Auffassung hatte aber die Reichswehr nicht nur die Aufgabe als ultima ratio republicae, die Grenzen Deutschlands nach aussen zu schützen, sondern darüber hinaus auch den entscheidenden Stabilitätsfaktor im Inneren darzustellen. Das bedeutete nichts anderes, als dass der Reichswehr in Krisenzeiten die schlechthin entscheidende Gewalt zukommen sollte. Und die politischen Gegebenheiten in Deutschland entsprachen in der Turbulenz jener Jahre bald weitgehend dieser fraglos zu engen Konzeption eines Soldaten, weil, die Mahnung Brüning's "Der Reichstag kann viel besser als die Regierung die Demokratie retten, nämlich dann, wenn er sich freiwillig eine Selbstbeschränkung in Agitationsmanövern auferlegt", unbedachtet verhalte" und die Engstirnigkeit der im politischen Dogmatismus verhafteten Volksvertreter den parlamentarischen Mechanismus selbstzerstörend zum Erliegen brachte. Brüning konnte das Räderwerk des Staatsapparates nur noch durch Notverordnungen d. h. mit der letzten Autorität des Reichspräsidenten in Gang halten. Dem politischen Dirigenten der Reichswehr war dadurch und durch seine persönliche Stellung bei Hindenburg ein Einfluss eingeräumt, wie ihn kaum je zuvor ein General in der deutschen Innenpolitik besessen.

Dieser General verfolgte seit Jahren aufmerksam die zunehmende Radikalisierung des politischen Lebens, die sein Ziel, die Machtgrundlagen Deutschlands organisch wachsen zu lassen, nur gefährden konnte. Seine Hauptsorge galt aber nicht, wie man

anzunehmen geneigt sein könnte, der linken Flügelpartei, sondern der Entwicklung auf der Rechten. Er war überzeugt, dass das Ansteigen der kommunistischen Wahlstimmen nur konjunkturbedingt sei und dass das Heer den Versuch eines Staatsstreiches von dieser Seite allein ohne grosse Schwierigkeiten werde unterdrücken können, sollte dieser nicht schon von vorneherein an der preussischen Polizei Deverings scheitern. Die Radikalisierung der Rechten stellte ihn vor sehr viel schwerwiegendere Probleme. Und hierzu trug nicht nur das immer schnellere Anwachsen der rechten Flügelpartei bei, sondern in entscheidendem Masse auch, dass die eigentliche deutsche Rechtspartei, die Deutschnationalen, unter dem Einfluss ihres alldeutsch-national-sozialistischen Flügels einen Hugenberg auf den Schild gehoben hatte, der allen Grundsätzen einer wahrhaft konservativen Politik zuwider einen Kurs steuerte, der sie unrettbar in das unübersichtlich-bedenkenlose Fahrwasser Hitlers führen musste und im Verein mit "Seldtes Stahlhelm" auch geführt hat. Das aber bedeutete in der Sicht Schleichers eine Gefährdung der Schlagkraft der Reichswehr.

Dass diese Entwicklung die Schlagkraft des Heeres zu gefährden geeignet war, ist unbestreitbar. Die Reichswehr war zwar traditionsgemäss jedem direkten Parteeinfluss entzogen und durch ihren Eid auf die Erfassung dem Dienst an der Allgemeinheit verpflichtet, doch war es schlechterdings unmöglich, ihre einzelnen Angehörigen von der Verfolgung des die ganze Nation beschätigenden Streites der Meinungen abzuhalten. Und verschiedene Beispiele zeigten deutlich, dass die Parolen der Rechten, die ja gerade die deutsche Jugend vornehmlich beeindruckten, nicht nur im jüngeren Offizierkorps, namentlich in der Reichsmarine, sondern auch unter den Arbeitern der Werkstätten einen zur Sorge berechtigenden Wiederhall fanden. Der dem Staat von rechts drohenden Gefahr, nötigenfalls unter Einsetzung aller Machtmittel, zu begegnen, bevor es zu spät wurde, war Schleicher gewillt. Im Herbst 1931 ist ein Plan zur Unterdrückung der radikalen Rechten von Brüning, Groener, Schleicher und massgebenden Führern der Sozialdemokratie geschmiedet worden, der ohne Zustimmung Hindenburgs aber nicht in die Tat umgesetzt werden konnte, weil dieser aus Verfassungsgründen einen einseitigen Vorgehen gegen die rechte Flügelpartei ohne den Anlass einer offenkundigen Rebellion nicht glauben zu können. Ein Einsatz der Reichswehr aber gegen den Willen des Reichspräsidenten war unmöglich, weil er ihr nicht nur der verfassungsmässige Oberbefehlshaber war, dem sie Gehorsam schuldete, sondern darüber hinaus auch der verehrte Heerführer des Weltkrieges, der zu einem Idol erhobene pater patriae. Musste so eine Gewaltaktion unterbleiben - und Hitler hütete sich damals wohlweislich davor, einen Anlass zu einer solchen zu bieten - so blieb nach Ankaussicht Schleichers nur der Weg der "nationalen Opposition" den Wind durch eine Verbreiterung der Regierung nach rechts aus den Segeln zu nehmen. Er bemühte sich, wie Brüning selbst einem hohen Ministerialbeamten bestätigt hat, seit dem Herbst 1931 in wiederholten Besprechungen, den Kanzler von der Notwendigkeit einer Kursänderung zu überzeugen. Es war vergeblich, denn Brüning hielt unbeirrbar an der von ihm eingeschlagenen Politik fest, die ihn bis kurz vor das Ziel führen sollte. Dass sie ihn nicht in das Ziel führte, hatte er allein Curt von Schleicher zu danken, der nun entscheidend in den Ablauf der Deutschen Innenpolitik eingriff.

Die Gefahr der radikalen Flutwelle, die alle Bollwerke zu überspülen drohte, war evident. Sie wurde aber von Schleicher

2  
 1  
 Institut

der lange schon keinen direkten Kontakt zur Gruppe mehr besass und zum Politiker geworden war, ohne doch den Soldaten ganz abstreifen zu können, hinsichtlich der Schlagkraft des Heeres überbewertet, war jedenfalls in den entscheidungsschweren Wintermonaten 1931/32 noch nicht so akut, wie er auf Grund des Leipziger Reichswehrprozesses und der ihm sonst zugänglichen Informationen glaubte annehmen zu müssen. Sie hat fraglos sein Handeln weitgehend bestimmt, als er einsehen musste, dass Brüning seinem Wunsch, der Regierungspolitik einen "Rechtsdrill" zu verleihen, nicht nachkommen werde. So ist in Schleichers Arbeitszimmer auch der "Wedanke" entstanden, durch einen Kanzlerwechsel der Reichsregierung eine nach rechts erweiterte Grundlage zu schaffen und auf diesem Wege zumindest einen Teil der Opposition wieder an den Staat heranzuführen. Es ist durch Brünings in der "Deutschen Rundschau" veröffentlichten Brief bekannt geworden, dass er in den ersten Wochen des Jahres 1932 wiederholt Hindenburg hat seinen Rücktritt anbieten müssen, um den Einfluss ausserverfassungsmässiger Berater auf den Präsidenten auszuschalten. Eine "Intervention von Angehörigen des ältesten Adels von Ostpreussen und Schlesien" zugunsten des Kanzlers hat schliesslich diese Einflüsse auf den alten Herrn wenigstens zeitweise zu paralysieren vermocht. Es darf wohl mit absoluter Sicherheit angenommen werden, dass hinter diesen unverantwortlichen Beratern schon damals der General v. Schleicher stand, der es ja auch schon früher meisterhaft verstanden hatte, seinen Einfluss zur Geltung zu bringen, ohne selbst in Erscheinung zu treten, und die Stellung seinen Intentionen widerstrebender Persönlichkeiten "anzusagen", zumal die Bildung einer "Rechtsregierung, "gleich der später unter Herrn von Papen eingesetzten" nach dem Bericht Brünings angestrebt wurde. Und dieses Kabinett Papen war eine Frucht der Bemühungen Curt v. Schleichers.

Als am 31. Mai 1932 das Kabinett Brüning zurückgetreten war, und Franz v. Papen schon tags darauf eine Regierung bildete, in der eine Reihe adeliger Namen vertreten war, begannen auch schon die ersten Gerüchte durch Berlin zu schwirren, Brüning sei von den "Junkern" zu Fall gebracht worden. Bald waren sich dann auch die meisten Beobachter darüber einig - und eine aus parteipolitischen Gründen an dieser Version interessierte Presse sorgte für ihre Verbreitung - dass der Sturz Brünings durch Kreise des ostelbischen Adels und des Grossgrundbesitzes veranlasst worden sei. Diese Kreise sollten ein sehr reales Interesse daran gehabt haben, gewisse mit der "Osthilfe" im Zusammenhang stehende Siedlungspläne der Regierung zu sabotieren. Es wurde weiter berichtet, der auf seinem ostpreussischen Gut Neudeck die Pfingsttage verbringende Hindenburg sei von seinen benachbarten Standesgenossen gegen den "Agrarbolshewismus" Brünings scharf gemacht worden und die Auseinandersetzungen über diese Frage habe letztlich zum Rücktritt des Kanzlers geführt. Und diese allüberall kolportierte Erklärung für den Regierungswechsel ist so in das Bewusstsein der öffentlichen Meinung übergegangen, dass wir sie heute in den Memoiren des französischen Botschafters Francois-Poncet ebenso finden können wie in den einiger deutscher Politiker, von denen zumindest einer den Ereignissen so nahe gestanden hat, dass man von ihm eine korrektere Darstellung hätte erwarten können. Dass diese Mär nun auch in ernsthafte historische Darstellungen Eingang gefunden hat, ist nicht weiter verwunderlich. Sie gehört so in den Kranz bunter Legenden, der seit jeher die historische Wahrheit umgibt und von dem aus sich immer wieder die seltsamsten Blüten in das sorgfältig gejätete Feld geschichtlicher Tatsachen zu verirren pflegen. Brüning hat jedoch den Schleier

gelüftet, der über seinen entscheidenden Besprechungen mit dem hochbetagten Präsidenten lag. Sie sind anders verlaufen, als die "Legende es will. Im Kern drehten sie sich um die Forderung Hindenburgs an den Kanzler, eine "Rechtsregierung zu bilden, die dieser genau so wie früher ablehnte und ablehnen musste, wollte er nicht durch Aufnahme von Vertretern der sich hypernationalistisch gebärdenden Rechtsopposition seine im entscheidenden Stadium befindlichen Verhandlungen mit Frankreich um die Annahme einer auch die deutschen Forderungen befriedigenden Abrüstungsformel gefährden. Bei der Verweigerung seiner Unterschrift unter verschiedene Verordnungen der Regierung hat Hindenburg sich nach diesem Bericht nicht einmal speziell auf einen Erlass bezogen, der im Rahmen eines weiten Arbeitsbeschaffungsprogramms unter anderem auch die Ansiedlung einiger überschuldeteter Grundkomplexe vorsah. Die in den Memoiren eines deutschen Politikers gegebene Darstellung, dass eine vorbereitete Verordnung über ein weitgehendes Siedlungsprogramm im Rahmen der "Osthilfe" in diesen Besprechungen eine entscheidende Rolle gespielt habe, ist so widerlegt. Sie ist es aber auch deshalb, weil nach Auskunft der zuständigen Ministerialdirektoren sich derartige Pläne allenfalls im Stadium allererster Erwägung befunden haben können, da sie nicht einmal den zuständigen Sachbearbeitern bekannt geworden sind. Zudem hat Hindenburg selbst nach diesen Auskünften "die Ansiedlungen, die bei grösseren Gütern vorgenommen wurden, gutgeheissen" - und das auch nach Brüning'sturm, denn die "Osthilfe", die sich weder auf den Osten allein noch auf den Grossgrundbesitz erstreckte, sondern die Sanierung landwirtschaftlicher Betriebe aller Grössenordnungen vorsah, wurde bis zur "Machtübernahme" durch Hitler nach den vom Kabinett Brüning festgelegten Richtlinien weitergeführt. Und einer dieser hohen Beamten, der selbst ein Anhänger des gestürzten Kanzlers war, bestätigt zudem noch, dass er keinen einzigen ostelbischen Junker, mit denen er doch gerade durch die Osthilfe ständig zu tun hatte, zu nennen in der Lage sei, der sich gegen Brüning's Kanzlerschaft ausgesprochen hätte. Sie seien alle als Anhänger Brüning's zu bezeichnen und sämtlich über dessen Abgang erschüttert gewesen.

Scheiden aber aus dem Kreise der Urheber dieses für die ganze fernere Entwicklung entscheidenden Kabinettswechsels die ostelbischen Junker aus, so verbleibt die Verantwortung allein dem General von Schleicher, der auch später nie geleugnet hat, den Sturm Brüning's verursacht und Franz v. Papen in den Sattel gehoben zu haben. Allein der Weg, den er hierbei gegangen ist heute noch ins Dunkel gehüllt und wird auch kaum ganz erhellt werden, ehe nicht Meissner und Oskar von Hindenburg sich dazu entschliessen, ihr bei allen politisch diffizilen Fragen aus guten Gründen versagendes Erinnerungsvermögen in den Dienst der Wahrheit zu stellen. Fest steht jedoch nach den Bekundungen eines in seiner Wahrheitsliebe erprobten Gutsnachbarn Hindenburg's, dass es in der Sicht des seine Urlaubstage in Neudeck verlebenden Reichspräsidenten Pfingsten 1932 keine Kanzlerkrise gegeben hat. Auf den gemeinsamen Fahrten durch die ostpreussischen Wälder, auf denen sich der alte Herr seinem jüngeren Freunde zu erschliessen und diesem auch in der ihm eigenen Art des Selbstgespräches seine Sorgen als Staatsoberhaupt anzuvertrauen pflegte, hat er sich damals nur anerkennend über das Wirken Brüning's ausgelassen und deutlich gezeigt, dass der Kanzler zu diesem Zeitpunkt sein volles Vertrauen besass. Die Kanzlerkrise ist demnach erst nach des Präsidenten Rückkehr nach Berlin ausgebrochen. Wir kennen die Argumente nicht, die Schleicher und seine Freunde zu ihrer Auslösung verwendet haben, aber wir können aus dem Bericht Brüning's

schliessen, dass es die gleichen waren, die den greisen, in seiner geistigen Spannkraft mehr und mehr nachlassenden und der politischen Situation längst nicht mehr gewachsenen Soldaten dort trafen, wo er am leichtesten zu packen war - bei seinem Eide, unparteilicher Schützer der Verfassung zu sein, im Glauben so seiner hohen Verpflichtung am besten gerecht zu werden, forderte im Banne seiner ausserverfassungsmässigen Berater vom Kanzler eine "Rechtsregierung und Reichstagswahlen und ernannte, als Brüning sich diesen Wünschen versagte, Franz v. Papen zu dessen Nachfolger.

Die Sorge um die Schlagkraft der Armee, die er gegen den rechtsradikalismus einsetzen wollte, sobald dieser gegen die Verfassung zum Schlage ausholen wollte, trieb den politischen Dirigenten der Reichswehr in das Experiment Papen, das persönlich wie sachlich falsch kalkuliert war. Schleicher suchte nach einem Kanzler, der dem Zentrum ebenso genehm sein sollte wie dem Teil der Rechten, der noch nicht ganz in das radikale Fahrwasser Hitlers eingeschwenkt war und sich nach seiner Berechnung wieder in gemässigte Bahnen lenken liess. Er glaubte in Papen einen geeigneten Kandidaten gefunden zu haben, der diesen Ansprüchen zu genügen schien, denn dieser stand politisch soweit rechts auf dem konservativen Flügel der grossen katholischen Mittelpartei, dass er sich von den Deutschnationalen im "runde nur durch sein Parteimitgliedsbuch unterschied. Dazu aber kam, dass Papen Besitzer der "Germania" war, des Hauptorgans der Zentrumspartei. Schleicher nahm an, dass Franz v. Papen daher einen massgebenden Einfluss auf das Zentrum auszuüben in der Lage sein und von seiner Partei die erwartete Unterstützung erhalten werde. Er war sich über die persönlichen Qualitäten seines Kandidaten völlig im Klaren, denn als zwei Vertreter des pommerischen Adels den General aufsuchten, als sie von dieser Kandidatur hörten, um vor den Folgen eines Kanzlerwechsels und vor allem, um vor der Person Papens zu warnen, erwiderte Schleicher auf die Feststellung des Herrn von Knebel-Doerberitz: "Aber Papen ist doch kein Kopf!" in seiner leicht süffisanzynischen Manier. "Er soll auch gar kein Kopf sein, sondern ein Hut." Daß Franz v. Papen auch kein "Hut" war, der sein von den Deutschnationalen ebenso wie von der katholischen Mitte gestütztes Kabinett zu decken vermochte, erwies sich schneller als dem "Erfinder" dieses Kanzlers lieb sein konnte. Das Zentrum reagierte in seinem gewerkschaftlichen wie konservativen Flügel auf die Ernennung Papens mit einer derartig unerwarteten Schärfe, dass sogleich offenbar wurde, dass die Partei nicht gewillt war, diesen Aussenseiter aus ihren eigenen Reihen zu folgen.

Mit der Absage des Zentrums an Papen war das Experiment im Grunde bereits gescheitert. Die neue Regierung sollte nach dem Willen Schleichers über eine breite Basis im Reichstag verfügen und auf diese gestützt den Weg vom System der Aushilfen, den Brüning der Not allein gehorchend und nicht der eigenen Triebe beschränkt hatte, zu normalen Regierungsmethoden zurückfinden. Sie konnte sich jedoch im Parlament nur auf die Deutschnationalen wirklich verlassen und musste mehr noch als Brüning zuvor auf die letzte Autorität des greisen Präsidenten gestützt auf dem schmalen Grat der Notverordnungen weiter balancieren. Diese Politik mit Geschick durchzuführen war aber Papen nicht der Mann. Zwar fällt die primäre Verantwortung für die Auflösung des Reichstags und die Wiedezulassung der militanten Kampfverbände der Nazis nicht ihm, sondern Schleicher zu, der mit diesen Gaben noch vor Papens Regierungsantritt eine Tolerierung der neuen Regierung durch die NSDAP glaubte erkaufen zu haben

und sich nun von Hitler getäuscht sah, doch bewies der neue Kanzler bald durch seine übereilten und über das Ziel hinaus-schiessenden Massnahmen seine politische Unfähigkeit. Statt sich die Gewalt über die preussische Polizei auf verfassungsmässig zulässigen Wege zu sichern und sie so dem Zugriff der Nazis zu entziehen, schuf er durch seinen Staatsstreich eine politische Lage, die es Hitler ermöglichte, die Rolle des Verfassungsschützers zu übernehmen und Hindenburg durch Drohung mit einer Klage vor dem Staatsgerichtshof unter moralischen Druck zu setzen.

Die Reichstagswahlen vom 31. Juli und der vorangegangene wochenlange Wahlkampf, der von der radikalen Rechten mit beispielesscher Schärfe geführt worden war und die Radikalisierung weiterer Massen zur Folge hatte, zeitigten ein Resultat, dass Schleichers Sorgen nur zu vermehren geeignet war. Durch die praktische Vernichtung der bürgerlichen Mittelparteien und die Einbussen, die auch das Zentrum und die Sozialdemokratie, gar nicht zu reden von den Deutschnationalen Hugenburgs, hatten hinnehmen müssen, war erwiesen, der der eingeschlagene Weg nicht weiter gangbar war, dass so die rechtsradikale Flut nicht aufgefangen werden konnte. Schleicher hat das damals klar erkannt und nach einem neuen Ausweg gesucht, wobei sein Ziel das gleiche blieb: Zerschlagung der radikalen Rechten, bevor sie einen Einsatz der Reichswehr durch Unterspülung unmöglich machte. Der Einsatz der bewaffneten Macht gegen die Rechte allein aber war damals aus dem schon angeführten Gründen noch weniger möglich als zuvor, weil der Kreis im Reichspräsidentenpalais durch das Ungeschick Papens in eine Situation manövriert war, in der er mit der ganzen Zähigkeit seines hohen Alters allen Angriffen auf seine Verfassungstreue durch peinliche Beobachtung seiner Pflichten als unparteilicher Wächter der Verfassung zu begegnen suchte. Gegen die sich legal gebärdende "nationale Opposition", die sich nun auch noch als Hüterin der Verfassung aufspielte und gegen Hindenburg wäre damals kein Bataillon angetreten.

Entfiel auch die Möglichkeit eines gegen die Verfassung verstossenden Gewaltstreiches seitens der Reichswehr zur Unterdrückung der Nationalsozialisten, so blieb doch in der Sicht Schleichers noch eine Möglichkeit, dieses Ziel zu erreichen. In den turbulenten Sommermonaten des Jahres 1932, als ihm das Scheitern des Papenexperimentes klar geworden war, reifte sein Plan, Hitler eine Falle zu stellen, in die er nach Schleichers Ansicht durch die Verhältnisse getrieben naturnotwendig tappen musste. Der General beschloss, Hindenburg dazu zu bringen, Hitler nach alter parlamentarischer Gepflogenheit als dem Führer der nunmehr stärksten Partei die Neubildung des Reichskabinetts zu übertragen. Den Nazis sollten nach diesem Plan ausser dem Kanzleramt auch die wesentlicheren Reichsministerien entsprechend ihrer Fraktionsstärke zugestanden werden. Der Reichspräsident sollte ihnen von sich aus die Möglichkeit geben, nach den Bestimmungen der Verfassung zu regieren. Es stand für Schleicher fest, dass diese ausgesprochene Rechtsregierung sich von vorneherein in einer taktisch ausserordentlich schwierigen Lage befinden würde, weil sie im Reichstag über keine sichere Mehrheit verfügen konnte. Abgesehen von der Opposition der Sozialdemokratie war auch fest damit zu rechnen, dass das Zentrum ein Kabinett Hitler nicht tolerieren und sich ein Teil der schwer angeschlagenen Mittelparteien ihm versagen würden. Dazu kam noch, dass die Kommunisten, die aus demagogischen Gründen oft genug mit den Nazis gestimmt hatten, nun gegen sie antreten mussten, wollten sie nicht Selbstmord begehen.

Institut

Diese Situation musste nach Schleichers Auffassung - und das Vorgehen Hitlers im Februar bis April 1933 bestätigte die Richtigkeit dieser Prognose - Hitler dazu veranlassen, verfassungswidrige Massnahmen zu ergreifen, um die gewonnene Machtposition nicht wieder zu verlieren. Das aber war genau das, was sich Schleicher wünschte. Nach seinem Plan sollte ja die Reichswehr als gänzlich unpolitischer Machtfaktor des Staates aus der Regierungsbildung herausgehalten und von einem reinen "Fachminister" nämlich ihm selbst geleitet werden. In dem Augenblick aber, da Hitler offenkundig gegen die Verfassung verstieß, sollte der Reichspräsident als Hüter der Verfassung die Reichswehr gegen den Rechtsbrecher einsetzen. Mit Hindenburg jedoch würde das zur Verfassungstreue erzogene Heer in Erfüllung seiner Eidspflicht gegen den Verfassungsbrecher sofort auf Befehl des schon lange auf diesen Augenblick wartenden Chefs der Heeresleitung, General von Hammerstein, antreten. Im Entschluss Schleichers, Hindenburg im August 1932 zu bitten, Hitler mit der Regierungsbildung zu betrauen, lag die feste Bereitschaft zu dem, was am 20. Juli 1944 unternommen wurde - und missglückte.

Aber dieser Plan konnte nicht zur Durchführung gelangen. Hindenburg empfing zwar auf Schleichers Betreiben die Führer der NSDAP, war aber nicht dazu zu bringen, dem "böhmischen Gefreiten" das Kanzleramt anzuvertrauen. Seine Hitler entgegengebrachte Antipathie wurde noch durch das Misstrauen überwogen, das der alte Herr in den Stunden, da sein Geist die zunehmende Altersschwäche abzuschütteln vermochte, seiner Umgebung entgegenbrachte, die ihn immer wieder zu Schritten zu veranlassen suchte, deren Konsequenzen zu übersehen diesem durch und durch unpolitischen alten Soldaten schlechterdings nicht möglich war. Zur Durchführung dieses von Schleicher's ausgeklügelten Planes hätte es im Reichspräsidentenpalais eines erfahrenen Politikers bedurft, nicht aber eines greisen Feldmarschalls, den man nur indirekt auf diesen Weg führen konnte, weil er in seiner geraden Art offen nie für ihn gewonnen werden konnte. Und dazu reichte Schleichers und seiner Mitspieler Einfluss nicht aus, weil er sich in der Persönlichkeit Papens, die ihm so warm empfohlen war, getäuscht sah und nun mit dem Starrsinn des Alters und ängstlich-misstrauisch an einem Wege festhielt, auf den eine nicht geringe Zahl seiner Berater immer noch schwor.

Die folgenden Monate brachten eine weitere Zuspitzung der innerpolitischen Lage, die durch den Wahlkampf nach der Reichstagsauflösung im September und das Urteil des Staatsgerichtshofes in Leipzig, der einen Teil der Massnahmen der Reichsregierung gegen das geschäftsführende Preussenkabinett für verfassungswidrig erklärte, noch verschärft wurde. Hitler war nun gewillt, den Präsidenten wegen Verfassungsverstoß gerichtlich zu belangen und hätte so den gesamten Verfassungsapparat mit einem Schlage mazzusetzen vermocht. Papen plante zur Verhinderung eines solchen Schritts, alle politischen Parteien und Organisationen, gleich welcher Richtung, aufzulösen. Ein derartiges Musarenstück hätte eine Revolte aller politischen Gruppen gegen die Regierung ausgelöst, die sich ja allein auf die Deutschen um Hugenberg stützte. Es war der Weg zur Militärdiktatur. Diesen Weg zu gehen, war aber Schleicher keineswegs gewillt, denn sein Ziel lag ganz wo anders als das des politischen Dilletanten Franz von Papen, der nach dem Willen seines "Erfinders" doch das Staatsschiff hatte wieder aus dem System der Anshilfen in das normale Fahrwasser zurückführen sollen. Der Mann, der Papen in den Sattel gehoben hatte, erklärte derartige Pläne für undurchführbar und setzte sein und der Reichswehr ganzes Gewicht beim Reichspräsidenten ein, um die Einleitung derartig naiver Massnahmen zu verhindern. Das Resultat

dieser Intervention war der Rücktritt Franz v. Papens.

Wenige Tage bevor der General v. Schleicher die Konsequenzen aus dem von ihm selbst als dem grössten Irrtum seines Lebens bezeichneten Misgriff gezogen und Papens Sturz veranlasst hatte, war von Hindenburg durch einen Mittelsmann bei Brüning angefragt worden, ob er einen Ausweg aus der verfahrenenen Situation sähe. Brüning riet zur Rückkehr zu seiner Politik der engen Zusammenarbeit mit den Mittelparteien und der Sozialdemokratie und zur Betranung Schleichers mit dem Kanzleramt. Und der Mann, der bisher immer nur aus dem Hintergrunde so entscheidend in die innenpolitische Entwicklung eingegriffen hatte, für die er zu seinem Teile vor der Geschichte auch die Verantwortung zu tragen hat, musste nun unter Aufgabe der halbanonymen Stellung in kritischster Lage selbst im vollen Rampenlicht der politischen Bühne das Ruder des Staatsschiffes übernehmen, weil kein anderer sich mehr hierzu breit fand. Am 3. Dezember 1932 meldete die Presse der Welt, dass der Reichspräsident den General v. Schleicher zum Reichskanzler ernannt habe, der sein bisheriges Amt als Reichswehrminister beibehalte.

Schleichers Ziel blieb das gleiche: Ausschaltung der seitens der radikalen Rechten drohenden Gefahren und Rückkehr zu normalen Regierungsmethoden. Er erkannte klar, dass die Radikalisierung des politischen Lebens Deutschlands nur zu beheben war, wenn man das Übel an der Wurzel packte und das naturgemäss radikalen Parolen besonders zugängliche Millionenheer der Arbeitslosen wieder in den wirtschaftlichen Produktionsprozess einzugliedern vermochte. Diesem Ziel sollte das umfangreiche und wirtschaftliche Werte schaffende Arbeitsprogramm Dr. Gerekes dienen, durch das er hoffen durfte, in absehbarer Zeit einen wesentlichen Teil der Arbeitslosenmassen in Arbeit und Brot zu bringen. Seinem Endziel sollten auch seine Bemühungen dienen, Gregor Strasser, den Exponenten der zu ernsthafter Mitarbeit gewillten sozialistischen Kreise der NSDAP, zum Eintritt in die Regierung zu veranlassen. Schleicher hoffte dadurch die braune Flutwelle, die nach den Resultaten der Novemberwahlen erstmalig eine rückläufige Tendenz gezeigt hatte, spalten zu können, denn die schweren inneren Auseinandersetzungen in der obersten Parteiführung der Nazis waren ihm nicht entgangen. Zwar gelang dem Kanzler die Realisierung dieser Absichten nicht, weil Hitler rechtzeitig von den vertraulichen Verhandlungen Schleichers mit Strasser Wind erhalten hatte und es fertig brachte, diesen als Nebenbuhler insgeheim schon lange gehassten und gefürchteten Mann innerhalb der Parteiorganisation völlig mattzusetzen, doch liefen Schleichers Verhandlungen mit den Gewerkschaften günstig an, die deren Beteiligung am Kabinett zum Ziel hatten. Er plante den Führer der Freien Gewerkschaften, mit dem er Verbindung aufgenommen hatte, oder einen Vertrauensmann dieses mit einem wichtigen Ministerium zu betrauen, um sich so die Mitarbeit der Hauptorganisation der am meisten durch die Arbeitslosigkeit betroffenen Volksschichten bei der Realisierung des Arbeitsbeschaffungsprogramms zu sichern und zugleich durch wieder mit der Sozialdemokratie in Verhandlungen zu treten. Gleichzeitig verhandelte im seinem Auftrage Dr. Gereke mit Brüning als dem Exponenten der christlichen Gewerkschaftsbewegung, der in nicht allzuferner Zeit Neurath im Auswärtigen Amt ersetzen sollte.

Zu einer Verwirklichung dieser Absichten sollte es nicht mehr kommen. Die zahlreichen Berater Hindenburgs, die ohne selbst Nazis zu sein, diesen drängten, Hitler einen Teil der Verantwortung zu übertragen, weil sie glaubten, er werde sich schnell in den Sielen verantwortlicher Arbeit abnutzen, gewannen immer mehr unter Papens Führung das Ohr des Präsidenten. Und wir wissen heute auch, dass das über dem Haupte des alten Herrn drohend hängende

Damoklesschwert einer Klage wegen Verfassungsmisbrauch seitens der Nazis, seine Entscheidungen wesentlich beeinflusst hat. Das war besonders Ende Januar 1933 der Fall, als der Reichskanzler v. Schleicher glaubte eine erneute Auflösung des Reichstages fordern zu müssen, um sich den abzuzeichnenden Auseinanderfall der Nazipartei durch Neuwahlen im Februar zu beschleunigen. Hindenburg versagte seinem langjährigen Berater seine Unterschrift, denn inzwischen hatte Papen ihm als Ergebnis seiner Verhandlungen mit Hitler das gebracht, was er sich schon lange gewünscht hatte: eine Rechtsregierung mit einer Reichstagsmehrheit. Da nur zwei Vertreter der NSDAP - Hitler als Kanzler und Frick als Innenminister - dem Reichskabinett angehören sollten, nahm der alte Herr diesen Schönheitsfehler in Kauf, der ihn von der schwer auf ihm lastenden Sorge eines Verfahrens vor dem Staatsgerichtshof endgültig befreite.

Am 23. Januar 1933 trat Schleicher nach knapp achtwöchiger Amtszeit als Reichskanzler zurück. Zwei Tage später ging Hitler den Weg "vom Kaiserhof zur Reichskanzlei". Aber nicht das empfand Schleicher als die grosse politische Niederlage seines Lebens, sondern die Tatsache, dass es ihm verwehrt war, auch fernerhin als Reichswehrminister der politische Dirigent des Heeres zu bleiben. An seine Stelle trat der eilends herbeigerufene General v. Blomberg. Damit aber war Schleicher die Möglichkeit genommen, seinen alten Plan vom August 1932 zu verwirklichen und das Heer beim ersten Verfassungsbruch gegen den amtierenden Kanzler marschieren zu lassen. Hitler aber wusste genau, weshalb er bei den Verhandlungen über die Regierungsbildung darauf zu bestehen hatte, dass dieser General nicht Reichswehrminister bleiben durfte.

Von Blomberg, der als der "Gummilöwe" in die Geschichte eingehen sollte, war ein Eingehen auf derartige Pläne nicht zu erwarten. Mit seinem Gesinnungsgenossen v. Hammerstein, der zunächst noch Chef der Heeresleitung blieb, erwog Schleicher noch die Möglichkeit eines Putsches der Garnison am "Tag von Potsdam", durch den mit einem Schlage die zusammenströmende braune Führerschaft festgesetzt werden konnte. Ein derartiger Plan aber war, wie sie schnell erkannten, undurchführbar, weil keine Truppe ihre Waffen gegen den Reichspräsidenten in der Marschalluniform und seine verfassungsgemäss gebildete "nationale" Regierung erhoben hätte. Schleichers Rolle war ausgespielt.

Mit dem ihm eigenen Instinkt für Kräfte, die ihm gefährlich werden konnten, hatte Hitler erkannt, dass Curt v. Schleicher ein Gegner war, den es zu fürchten galt, auch wenn er die Rolle eines Privatmannes spielte. Als am 30. Juni 1934 die Stunde schlug, da Hitler den zu mächtig gewordenen Röhm wegen angeblicher Putschabsichten mit vielen anderen ohne jedes Verfahren seinen SS-Schergen zur Erschiessung überantwortete, drang auch ein Mordkommando in die Wohnung des Generals v. Schleicher und setzte seinem Leben ein Ende.

Welches Urteil Curt v. Schleicher vor dem Richterstuhl der Geschichte dereinst empfangen wird, vermag heute noch niemand zu sagen. Dass er in tragischer Weise durch Missgriffe und Irrtümer eine Entwicklung gefördert hat, die zu bekämpfen ihm seine patriotische Pflicht gebot, steht aber heute schon eben so fest, wie die Tatsache, dass dieser Politiker in der Generalsuniform bei allen seinen persönlichen Schwächen doch mehr gewesen ist als nur der Meisterintrigant seiner Zeit.